

EIN WORT ZUVOR

Was gehen uns die Kurden an? Vielleicht sagen Sie fürs erste: Gar nichts, oder höchstens als Flüchtlingsproblem. Deshalb legen wir Ihnen dieses INFORMATIONSSHEFT vor:

Das Volk der Kurden, eines der Völker mit der unglücklichsten Geschichte auf der ganzen Welt, lehrt uns zumindest eines: Trotz widrigster Umstände und furchtbarer Leiden als Volk zu überleben, seine Kultur und Sprache zu bewahren und seine völkische Existenz zu behaupten.

Der zweite Grund: Ein Beitrag zur Wahrheitsfindung. Was immer Sie über dieses Problem hören, in unseren Medien lesen oder im Fernsehen sehen, ist – wie alles oder vieles – gefiltert und verfälscht.

Hier berichtet ein Augenzeuge, von niemandem geschickt und bezahlt, von seinen jahrelangen persönlichen Erlebnissen und Erkenntnissen. Und niemandem wurde der Text zur Zensur vorgelegt.

Was uns mit diesen und vielen anderen Völkern verbindet?

Der Kampf ums Überleben.

WAS GEHEN UNS DIE KURDEN AN?

Das Bild vom häßlichen Amerikaner hat seit dem völkerrechtswidrigen US-Überfall auf den Irak weltweit wieder an Farbe gewonnen. Zu offenkundig trat das blanke Machtstreben der USA zutage, zu rücksichtslos verfolgten sie ihre wirtschaftlichen Interessen, und zu klar schimmerte der eiskalte Materialismus der USA durch die vorge-schobenen Gründe.

Das Wort "Befreiung" wird in den arabischen Gebieten des Irak - und zwar in den schiitischen genauso wie in den sunnitischen - als purer Zynismus empfunden. Die einzigen, die wirklich von Befreiung sprechen können, sind die Kurden im Norden des Staatsgebietes.

Bei den Verhandlungen, die vor Beginn des Krieges im Rahmen der irakischen Opposition stattgefunden hatten, spielten sie eine führende Rolle und konnten beachtliche Zugeständnisse, die allerdings nur provisorischen Charakter haben, von ihren arabischen Partnern erreichen. Die beiden Kurdenparteien KDP und PUK verfügen über vorzügliche Organisationen und über schlagkräftige Milizen. Sie werden auch bei den abschließenden Gesprächen ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

"Wir haben großartige Vereinbarungen erzielt", äußerte sich Dr. Mohammad Gouma, einer der beiden politischen Berater Masud Barsanis, anlässlich eines Gespräches im April dieses Jahres. "Die Arabisierung wird rückgängig gemacht werden und wir Kurden werden endlich eine gesicherte Autonomie in einem föderalistischen und demokratischen Irak erhalten."

Tatsächlich hatten die irakischen Kurden, zumindest seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, zu keiner Zeit einen eigenen Staat gefordert, auch wenn vermutlich fast jeder Kurde von einem gesamt-kurdischen Staat träumt. Zu genau wissen sie, daß keiner der Unterdrückerstaaten bereit sein würde, "seine" Kurden in die Unabhängigkeit zu entlassen und zudem andere Staaten auf den Plan rufen würde.

Schon 1937 schlossen die Türkei, der Iran und der Irak, die drei Staaten mit den größten Kurdenanteilen, die allesamt großes Interesse an der Unterdrückung ihrer kurdischen Volksteile hatten, den Vertrag von Saadabad ab. In ihm heißt es u. a.: *"Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, Maßnahmen zu ergreifen, die das Entstehen von bewaffneten Truppen oder Vereinen verhindern, deren Ziel es ist, die rechtmäßigen Regierungen zu stürzen oder die Sicherheit von Ländern oder Grenzen der Vertragspartner zu gefährden."*

Wenn auch in der weiteren Folge der eine oder der andere Staat der Versuchung nicht widerstehen konnte, zur Durchsetzung eigener In-

teressen kurdische Aufstandsbewegungen im Nachbarland zu unterstützen, so waren sich die Unterzeichner doch darin einig, nach Beilegung der jeweiligen Konflikte die Kurden wieder in ihren vormaligen rechtlosen Zustand zu drücken.

Die Weigerung der Türkei, ihr Staatsgebiet den US-Truppen zur Errichtung einer zweiten Front gegen den Irak zur Verfügung zu stellen, führte zur Freude der Kurden zu einer schweren Belastung der türkisch-amerikanischen Beziehungen.

Daß die Amerikaner nur wenige Monate später die Türkei um die Entsendung von Truppen ersuchten, wirkte auf die Kurden wie eine kalte Dusche. Auch als Washington versprach, türkische Soldaten nicht im Kurdengebiet einzusetzen, konnte das die Kurden nicht wirklich beruhigen, stieß aber erwartungsgemäß bei den Arabern auf einhellige Ablehnung und Empörung. Den US-Strategen dürfte wohl entgangen sein, daß das gesamte Staatsgebiet des heutigen Irak bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Teil des Osmanischen Reiches gewesen war und die Türken als ehemals herrschendes Volk auch bei den Arabern nicht willkommen sein konnten. Angesichts der vorherrschenden antitürkischen Stimmung im besetzten Irak nahm Ankara von der bereits beschlossenen Truppenentsendung wieder Abstand.

Seit der Errichtung der Schutzzone im Jahre 1991 hatten die US-Amerikaner für Sicherheit in diesem Teil Irakisch-Kurdistans gesorgt und nunmehr, 12 Jahre später, das Regime Saddam Husseins hinweggebombt

Das erklärte auch ihre unglaubliche Begeisterung der Kurden für die Amerikaner, trotz deren schändlichen Verhaltens in der Vergangenheit.

So hätte der große Kurdenaufstand von 1974 bis 1975 ohne amerikanische Verlockungen und Versprechungen nicht stattgefunden und wäre ohne den zynischen Verrat und die Treulosigkeit der Amerikaner nicht zusammengebrochen.

180.000 Kurden mußten in der Folge ihre Heimat verlassen und ins iranische Exil ziehen. Von den im Irak verbliebenen Kurden ließ Saddam Hussein 400.000 in den sumpfigen Süden des Landes verschleppen, wo viele von ihnen dem ungewohnten Klima zum Opfer fielen.

Kein Wunder, daß Mullah Mustafa Barsani am Totenbett, wie Masud, sein Sohn und politischer Erbe berichtete, verbittert Bilanz gezogen hatte:

“Der größte Fehler meines Lebens war, den Amerikanern vertraut zu haben”.

Auch im zweiten Golfkrieg griffen die Kurden, ermuntert von George Bush sen., wieder zu den Waffen. So wie die Schiiten wurden auch die

Kurden von den Amerikanern im Stich gelassen. Unbehelligt massakrierte die irakische Armee die Aufständischen.

Zehntausende Tote waren zu beklagen: Durch Bombenterror, durch Hunger oder Kälte. Frauen, Kinder und alte Männer flüchteten über die türkische Grenze, wo der Winter wartete, mit Eis und Schnee. Es dauerte eine Weile, bis das Weltgewissen wacherüttelt war und Hilfe kam. Spät, sehr spät stimmten schließlich die Vereinigten Staaten von Amerika der Errichtung einer "Schutzzone" im nördlichen Irak zu, die einen beachtlichen

Teil des kurdischen Siedlungsgebietes umfaßt und Autonomie genießt, zu.

Heute, mehr als zwölf Jahre später, unterscheidet sich der neugewonnene bescheidene Wohlstand erfreulich von den Lebensbedingungen anderer Regionen des Irak. Und das trotz doppelten Embargos: Das der Vereinten Nationen gegen den Irak, und das Saddam Husseins gegen die kurdische Schutzzone. Seit Bagdad keinen Zugriff mehr auf die Region hatte, wurde im kurdischen Nordirak die Marktwirtschaft praktiziert. Auch die Währung unterschied sich von der im übrigen Irak. 1991 ließ Saddam neue Dinar drucken, die alten, bis dahin gültigen, wurden aus dem Verkehr gezogen. Nur im Kurdengebiet behielten sie ihre Gültigkeit. Es bestanden daher bis vor kurzem im Irak zwei Währungen: Der alte Dinar im Kurdengebiet, der neue im übrigen Irak. Da der alte Dinar nicht nachgedruckt werden konnte, gab es keine Geldvermehrung. Die Wirtschaft wuchs, die Geldmenge blieb gleich, das heißt, daß auch der Wert des Geldes stieg. Im Kurdengebiet wurden für einen Dollar etwa sechs alte Dinar bezahlt, in Bagdad durchschnittlich 22.000 (!) neue Dinar, in Erbil erhielt ich im April für einen Dollar sogar 47.000 neue Dinar.

Diese zwölf Jahre, die für die Kurden gute waren, verdanken sie den Amerikanern.

Im historischen Siedlungsgebiet der irakischen Kurden lebt heute, bedingt durch die ethnischen Säuberungen Saddam Husseins, auch eine beachtliche Anzahl von Arabern, vor allem in den Städten.

Daß für viele aus dem Süden, zum Teil gegen ihren Willen, hierher verpflanzte Menschen, die Rückkehr der vertriebenen kurdischen Eigentümer den Verlust ihrer seit Jahren benutzten Wohnungen oder Häuser bedeutet, wird noch zu Spannungen und unschönen Auseinandersetzungen führen.

Der Kampf der Kurden um mehr Rechte, um Autonomie richtete sich nie gegen die Araber als Volk, sondern ausschließlich gegen Saddam Hussein und den Bagdader Zentralismus. Die irakischen Kurden wissen sehr wohl, daß ein Kurdenstaat weder jetzt noch in absehbarer Zeit politisch durchsetzbar ist. Daher wäre es schon aus politischen

Gründen unklug gewesen, Haß gegen jenes Volk zu predigen, mit dem man doch zusammenzuleben gezwungen ist.

Die tolerante Grundhaltung, die den kurdischen Nationalcharakter auszeichnet, zieht sich wie ein roter Faden durch die kurdische Geschichte.

Schon Sultan Saladin, der größte Sohn des kurdischen Volkes, war berühmt für seine Großmut und Menschlichkeit.

Aber auch heutzutage werden die Kriegsgefangenen in Kurdistan eher als Gäste denn als Feinde behandelt.

“Der Kommandant des Lagers behandelt uns wie seine eigenen Söhne”, sagte mir schon während meines ersten Aufenthaltes bei den aufständischen Kurden im Jahre 1974 ein gefangener irakischer Soldat. Und ein Besuch eines Kriegsgefangenenlagers am 19. April dieses Jahres, unmittelbar vor der Entlassung der 720 teils gefangenen, teils zu den Kurden übergelaufenen irakischen Soldaten, bewies erneut die korrekte, ja noble Behandlung der Gefangenen.

In Irakisch-Kurdistan leben außer der arabischen noch zwei kleinere, autochthone Minderheiten: Turkmenen und christliche Assyrer. *“Im Irak konnte bisher kein Christ Richter sein. Bei uns in Kurdistan bekleidete bereits in der Zeit von 1974 bis 1975 ein Christ das Amt eines Höchstrichters”,* berichtet Dr. Gouma. *“In Erbil ist ein Christ Gouverneur, und dem Regierungsteam gehört sogar ein Jesidi als Minister an;*

ein Novum in der Geschichte des Orients.” Tatsächlich genießen die Minderheiten im kurdischen Machtbereich alle Rechte und Freiheiten. 12 TV-Sender, davon zwei assyrische und ein turkmenischer, sowie 25 Radiosender sorgen für ausreichende Information der Bevölkerung.

Das Parlament in Erbil spiegelt die Stärke der einzelnen Gruppierungen wider: Von den insgesamt 105 Abgeordneten sind fünf Christen, 51 gehören der KDP (Kurdistans Demokratische Partei) und 49 der PUK (Patriotische Union Kurdistan) an.

Aber: Keine Rose ohne Dornen. Die beiden großen Parteien KDP und PUK schützen zwar die religiösen und nationalen Minderheiten in ihrem Machtbereich, stehen einander aber mit großem Mißtrauen gegenüber. Das führte in der Vergangenheit schon mehrmals zu militärischen Auseinandersetzungen, wobei sich die PUK vorwiegend iranischer Unterstützung erfreute und die KDP sich einmal sogar gezwungen sah, gegen einen massiven PUK-Angriff kurzfristig irakische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Obwohl die PUK erst 1976 gegründet wurde, reichen die Wurzeln des Konfliktes bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Als im April 1964 Präsident Aref Zugeständnisse an die Kurden

widerrief, die er zwei Monate zuvor gewährt hatte, und Mustafa Barsani wieder zu den Waffen rief, schlug sich Tschalal Talabani auf die Seite der Bagdader Machthaber. Danach geriet er mit seiner Gruppierung immer mehr ins Fahrwasser irakischer Interessen. Ab 1968 kämpften sogar Talabani-Milizen als Hilfstruppen der irakischen Armee gegen ihre eigenen Landsleute. Die Freiheitskämpfer bezeichneten diese Söldlinge als "Tschasch - i-66" (kleine Esel von 1966). Im März 1970, als das provisorische Autonomiestatut in Kraft trat und Barsani die Möglichkeit hatte, Talabani und seine Anhänger zur Verantwortung zu ziehen, verzichtete er auf deren Bestrafung und erließ statt dessen eine Generalamnestie. Alle waren zur Mitarbeit im kurdischen Autonomiegebiet eingeladen. Nach dem Zusammenbruch der "Kurdischen Revolution", wie der Aufstand vom März 1974 bis März 1975 bezeichnet wurde, gründeten Linke aller Schattierungen gemeinsam mit der alten Talabani-Gruppe im Jahre 1976 die "Patriotische Union Kurdistans" (PUK). Nach dem Tode Mullah Mustafa Barsanis übernahm sein Sohn Masud die Führung der KDP. Der Kampf Talabani gegen Barsani wird also fortgesetzt. Nur heißt Talabanis Gegenspieler nicht mehr Mustafa, sondern Masud Barsani. Und beide verfügen über annähernd gleichstarke Parteien.

Die Rivalität zwischen den beiden Kurdenparteien führte nicht nur zu den schon erwähnten militärischen Konflikten, sondern auch dazu, daß jede Partei ein territorial fest umgrenztes Gebiet kontrolliert und in diesem ihre eigene Verwaltung aufgebaut hat, es also zwei "Regionalregierungen" gibt. Die der PUK hat ihren Sitz in Suleimaniye, die der KDP in Erbil. Nichirwan Barsani, ein Enkel des großen Mustafa Barsani und Neffe des Parteivorsitzenden Masud Barsani, bekleidet den Posten des Ministerpräsidenten in Erbil. Außer seinem Stellvertreter Sami Abdull Rahman gehören noch 23 Minister der Regionalregierung an. 15 davon sind Mitglieder der KDP, acht wurden von Kleinparteien entsendet. In Suleimaniye ist es ähnlich, nur daß es dort keinen KDP-Minister gibt, so wie es in Erbil keinen PUK-Minister gibt. Immerhin hat sich seit nunmehr sechs Monaten das Verhältnis zwischen den beiden Parteien entschieden verbessert. Die Arbeit im Parlament, wo beide großen Parteien vertreten sind, funktioniert klaglos, die politische Situation vor, während und nach dem US-Angriff auf den Irak erzwang häufige Kontakte und eine Abstimmung der Vorgangsweisen beider Parteien, so daß sie heute, wenn schon nicht in einer Liebesese, so doch in einer Art friedlicher Koexistenz leben.

Im Ausland hatten die Repräsentanten von KDP und PUK schon früher zu einem Modus vivendi und auch des öfteren zu gemeinsamen Aktionen gefunden. In Österreich etwa waren es Piro Ibrahim und Sadi Pire, die 1976, ein Jahr nach dem großen Zusammenbruch der

“Kurdischen Revolution”, nach Österreich gekommen waren. Sie hatten gemeinsam Demonstrationen gegen die “Völkermordpolitik” des Baath-Regimes organisiert. Beide bekleiden heute verantwortungsvolle Positionen in ihren Parteien. Pirot Ibrahim leitet, nach seiner Promotion zum Dr. med., die größte Auslandsvertretung der KDP in Teheran, und Sadi Pire ist Fraktionschef der PUK.

Die PUK ist im Laufe der Jahre der Jahre von ganz links allmählich in die Nähe der politischen Mitte gerückt. In ideologischer Hinsicht erfolgte eine Annäherung beider Parteien, und sie verfügen über ausgezeichnete Funktionäre. Der große Unterschied liegt in den Führungspersönlichkeiten begründet.

Tschalal Talabani gilt als klug und eloquent, Masud Barsani, der Sohn einer Legende und selbst auf dem besten Weg, eine solche zu werden, und seine Familie aber verkörpern wie keine andere das kämpfende Kurdistan und den Freiheitswillen des kurdischen Volkes.

Die Frage bleibt: Können die Kurden diesmal den Amerikanern vertrauen oder werden sie wieder verraten und Opfer der amerikanischen Treulosigkeit? Masud Barsani gibt sich optimistisch: “Die politische Situation hat sich geändert. Ein föderalistischer Irak, in dem die Kurden Autonomie genießen, liegt auch im Interesse der USA”.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kommunismus verhalten sich die Vereinigten Staaten von Amerika immer hemmungsloser und aggressiver in ihrem Weltmachtstreben und versuchen, als einzig verbliebene Weltmacht überall, auch mit militärischen Mitteln und ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Normen, ihren Willen durchzusetzen. Dagegen regt sich natürlich Widerstand, und zwar sowohl von Seiten der unmittelbaren Opfer, also der Überfallenen – siehe Afghanistan und Irak – als auch von Seiten anderer Staaten, die dem rücksichtslosen und selbstherrlichen Vorgehen Washingtons mit unverhohlenem Mißtrauen und zunehmenden Widerstand begegnen.

Dazu kommt, daß alte Spannungen wieder aufbrechen, ungelöste Probleme, die zur Zeit des Kalten Krieges zugedeckt, bzw. ideologisch übertüncht waren, wieder zum Vorschein kommen. Betrogene Völker fordern ihre Rechte ein.

Dabei könnte sich die Welt mit einer pax americana durchaus abfinden, wäre sie auf einem Mindestmaß an Gerechtigkeit gegründet und würde sie auf jenen Prinzipien beruhen, für deren Durchsetzung einst Präsident Woodrow Wilson vorgegeben hatte, seine Soldaten auf die Schlachtfelder Europas zu schicken.

Der Erste Weltkrieg wurde zwar nicht im Namen oder zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker begonnen oder geführt, er wurde aber im Vertauen auf dessen Verwirklichung beendet.

Es sollte die Grundlage einer neuen Weltordnung werden.

Tatsächlich waren aber die so feierlich deklarierten Punkte Wilsons, die die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprachen, nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben waren.

Ob der US-Präsident jemals ernsthaft an ihre Verwirklichung gedacht hatte oder in ihnen von allem Anfang an nur ein taugliches Mittel zur Destabilisierung der beiden feindlichen Vielvölkerstaaten, des Osmanischen Reiches und Österreich-Ungarns, sah, sei dahingestellt.

Fest steht, daß die Wurzeln des heutigen weltweiten Chaos vor allem in der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, festgeschrieben in den Pariser Vorortverträgen, liegen.

Wir alle wissen, wieviel Unglück und Leid die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain, deren hervorstechendste Merkmale die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Unterlegenen und deren finanzielle Ausbeutung gewesen waren, über unser Volk gebracht hatten, und daß sie letztlich ursächlich für das zweite große Völkerringen im vergangenen Jahrhundert gewesen waren.

Aber auch der Vertrag von Sevres, der am 10. August 1920 mit der Türkei abgeschlossen worden war, trug alle Keime künftiger Auseinandersetzungen in sich.

Das heute brandgefährliche „Pulverfaß Nahost“ verdankt seine Existenz der Treulosigkeit und Vertragsbrüchigkeit der Siegermächte des Ersten Weltkrieges. Unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen bekräftigten England und Frankreich noch einmal ihren Willen, den vom „osmanischen Joch“ befreiten Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Doch schon der Friedensvertrag von Sevres entsprach keineswegs diesen hehren Ankündigungen. Den Arabern wurde der ihnen versprochene Nationalstaat vorenthalten, statt dessen kamen Teile ihres Gebietes unter französische und britische „Vormundschaft“ und Palästina sollte die neue Heimstatt der Juden werden.

Doch die Araber waren nicht die einzigen, die schmähsch hingerungen wurden. Den Türken, als besiegtm Volk, wurden im Vertrag von Sevres unzumutbare Bedingungen auferlegt, unter anderem gewaltige Gebietsverluste. Andererseits sollte der größte Teil des kurdischen Siedlungsgebietes dem neuen türkischen Staat erhalten bleiben.

Ein weiterer Teil des bisher zum osmanischen Reich gehörenden „Kurdistan“ wurde dem neugeschaffenen Irak zugeschlagen und ein kleiner Syrien.

Der Vertrag von Sevres räumte aber den der Türkei zugeschlagenen Kurden gewisse Rechte ein, die zu großen Hoffnungen berechtigten. So sollte ein dreiköpfiger Ausschuß innerhalb von sechs Monaten die lokale Selbstverwaltung für jene Gebiete vorbereiten, in denen das „kurdische Element“ überwiegt. Falls sich ein Jahr nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages die kurdische Bevölkerung in diesem Gebiet an den Völkerbundsrat wendet und beweist, daß die Mehrheit verlangt, von der Türkei unabhängig zu sein, und wenn der Rat es erachtet, daß die Bevölkerung zur Unabhängigkeit fähig ist und rät, sie ihr zu gewähren, so verpflichtet sich die Türkei, sich dieser Empfehlung zu fügen.

Sollte es zu diesem Kurdenstaat kommen, wird den Kurden des Mosul-Wilajet das Recht eingeräumt, sich diesem anzuschließen.

Der kurdische Nationalstaat war damit in greifbare Nähe gerückt.

„Wir sind Arier“

Immer wieder erlebt der Besucher aus den Ländern deutscher Zunge die tiefe Sympathie, die allem Deutschen entgegengebracht wird und den stolzen Hinweis auf die gemeinsame Abstammung von Kurden und Deutschen. Tatsache ist, daß Kurdisch der Gruppe der westiranischen Sprachen und somit der indogermanischen Sprachfamilie angehört.

Der Ursprung der Kurden liegt im Dunkeln. Über ihre Herkunft gibt es verschiedene Theorien.

Fest steht, daß schon die Sumerer, Babylonier und später die Assyrer im ausgehenden 3. Jahrtausend v. Chr. die Bewohner der heutigen Kurdengebiete in ihren Keilschriften als Guti oder Kutu, was soviel wie Bergbewohner bedeutet, bezeichneten und ihr Land Gutium oder Kardaka nannten.

Vermutlich handelte es sich um eine vorindogermanische Urbevölkerung. Wann es zur Indogermanisierung dieses Gebietes kam, ist umstritten. Im zweiten vorchristlichen Jahrtausend drangen die indogermanischen Mittani und Kassiten bis in die Gebirgstäler des Taurus und des Zagros vor. Spätestens zu diesem Zeitpunkt dürfte die sprachliche Indogermanisierung der alteingesessenen Völkerschaften eingeleitet worden sein. Die endgültige Einschmelzung in indogermanisches Volkstum scheint erst den Medern um 1.000 v. Chr. gelungen zu sein, wie sich unter anderem aus der starken Ähnlichkeit der kurdischen Sprache zum Altmedischen schließen läßt.

Auch die indogermanischen Skythen und die Kimmerer haben nach Meinung einiger Historiker einen Beitrag zur Gestalt des kurdischen Volkes geleistet.

Unbestritten ist, daß nicht nur indogermanische Blutströme im Volk der Kurden fließen, daß aber indogermanischen Völkerschaften der entscheidende Anteil an der Volkwerdung der Kurden zukommt.

Die Kurden selbst betrachten sich als Arier, das heißt als Indogermanen und auch ihre Sprache ist indogermanischen Ursprungs.

Sie gehört dem westiranischen Zweig der indogermanischen Sprachfamilie an, wobei es verschiedene Dialekte gibt. Die beiden größten sind das im Norden Kurdistans gesprochene Kurmandschi und das im südlichen Landesteil verwendete Sorani.

Im Jahre 2200 v. Chr. errangen die Gutäer die Herrschaft über Nordmesopotamien, die sie bis 2076 v. Chr. behaupten konnten.

In den folgenden Jahrhunderten standen sie in einem losen Abhängigkeitsverhältnis zu Babylon. Im 13. Jahrhundert v. Chr. wurden sie, ebenso wie die Babylonier und Kassiten von den Assyrern unterworfen, konnten sich aber nie mit der Fremdherrschaft abfinden. Sie revoltierten gegen alle Könige Assyriens.

Im Laufe der folgenden Jahrhunderte gingen Gutäer (oder Guti) und Kardu, wie schon erwähnt, in dem indogermanischen Volk der Meder auf-

645 gelingt es den Medern, sich von Assyrien zu lösen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Gemeinsam mit dem chaldäischen Statthalter Babylons zerstören sie 612 Ninive und damit das assyrische Reich. Das Mederreich steigt zur Großmacht auf, es wird zum mächtigsten Reich Asiens.

Unter König Cyrus tritt das Persische Reich die Nachfolge des Mederreiches an. Im Jahre 550 v. Chr. unterwirft er Medien, Lydien und Babylon und faßt die Völker Vorderasiens zusammen. Herrschende Religion wird, auch im Volke der Kurden, die von Zarathustra (Zoroaster) umgebildete arische Götterreligion. Oberster Gott ist Ahuramasda (Ormuzd), wichtigstes Gebot die Bekämpfung der von Angromanjus (Ahrimann) geleiteten bösen Geister.

Die erste ausführliche Schilderung über die Kurden, die damals schon als medisch-indogermanisch geprägtes Volk aufscheinen, verdanken wir dem griechischen Geschichtsschreiber Xenophon in seiner Anabasis, der mit einem griechischen Heer im Jahre 401 v. Chr. die kurdischen Berge durchquerte. Er preist darin die Tapferkeit der Kurden.

Danach herrschten verschiedene Staaten über Kurdistan, wenigstens dem Namen nach. Zuerst waren es die Griechen, die eine lose Oberherrschaft über die Kurden erlangten, dann setzte die Kolonisierung durch die Römer ein.

Weit in das Bergland hat sich ihre Herrschaft wohl niemals erstreckt.

Siedlungsgebiet

Das geschlossene Siedlungsgebiet der Kurden erstreckt sich im Westen bis zu den Ausläufern des Taurus, im Norden bis zum Ararat-Massiv und grenzt an die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidschan, in denen eine geringe Anzahl von Kurden lebt, umfaßt einen großen Teil der östlichen Türkei und einen schmalen Streifen Nord-Syriens und reicht im Osten bis zum Urmia-See und dem westlichen Teil der Zagros-Kette. Die südliche Volkstumsgrenze ist umstritten.

Im Irak versuchte die Zentralregierung zu Zeiten Saddam Husseins durch Umsiedlung und Vertreibung der angestammten kurdischen Bevölkerung vor allem aus den erdölreichen Gebieten die arabisch-kurdische Sprach- und Volkstumsgrenze, die sich seit eh und je entlang der Bergkette Djebel ul Hamrin bis Syrien erstreckte, zugunsten des arabischen Mehrheitsvolkes zu verändern. Eine Politik, die seit Jahrzehnten mit unterschiedlicher Intensität betrieben wurde.

Im Laufe der letzten Jahre ist es den Arabern gelungen, ihre Volkstumsgrenze über die Bergkette nach Norden vorzuschieben. Die alte Kurdenstadt Kirkuk hingegen ist trotz starkem Assimilationsdruck und Aussiedlungen immer noch nicht „kurdenfrei“ und jetzt, nach dem Sturz Saddams kehren immer mehr Vertriebene in ihre Heimatstadt zurück.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Iran. Die kurdische Volkstumsgrenze verläuft irgendwo zwischen der Stadt Kermanschah und dem Persischen Golf.

Die genaue Grenzziehung ist deswegen so schwierig, weil es nicht nur verschiedene kurdische Dialekte gibt, sondern auch fließende Übergänge zu anderen iranischen Dialekten. Die enge Verwandtschaft der iranischen Stämme und Völkerschaften führt zu Abgrenzungsproblemen.

Es darf daher nicht wundern, daß es in der einschlägigen Literatur zu unterschiedlichen Schätzungen über die Größe des kurdischen Siedlungsgebietes kommt. Sie liegen zwischen 400.000 und über 500.000 qkm.

Zum Vergleich dazu: Das heutige Österreich umfaßt 83.853 qkm, die alte Doppelmonarchie rund 600.000 qkm.

Noch unterschiedlicher sind die Schätzungen über die Größe des kurdischen Volkes, da es keine wie immer geartete Statistiken darüber gibt, noch dazu, wo die es beherrschenden Staaten aus verständlichen Gründen weit geringere Zahlen angeben.

Die Türkei, das Land mit dem größten Kurdenanteil bestritt sogar noch bis vor wenigen Jahren die Existenz ihrer Kurden. Für sie gab es nur sogenannte Bergtürken.

Hatte der isländische Schriftsteller und Kurdistan-Reisende Erlendur Haraldsson in seinem 1966 erschienen Buch "Land im Aufstand...Kurdistan" noch eine Gesamtzahl von 10 bis 12 Millionen angenommen, so liegen die derzeitigen Schätzungen allein für die Türkei zwischen 8 und 12 Millionen, manche Kurdologen sprechen sogar von 15 Millionen. Es folgt der Iran mit 6 bis 10 Millionen und der Irak mit drei bis fünf Millionen, In Syrien werden als Untergrenze 200.000, als Obergrenze 500.000 vermutet, und in der ehemaligen Sowjetunion um die 100.000.

Schmerzvolle Islamisierung

Einen tiefen Einschnitt im Leben des kurdischen Volkes bewirkte seine Begegnung mit dem Islam. Es wehrte sich lange gegen den neuen Glauben und die damit verbundene Unterordnung unter die Zentralgewalt des islamisch-arabischen Staates. Auf Dauer konnte es ihm aber nicht widerstehen.

Der Zarathustra-Glaube verschwand, nur Reste des Christentums konnten sich in den schwer zugänglichen Bergregionen halten. Im Gegensatz zu den Persern überwiegt im Kurdengebiet die sunnitische Richtung des Islam. Kurdistan geriet unter die Herrschaft des Kalifats. Die Kurden, aufgeteilt in Stämme, lebten eingebettet in der islamischen Welt, gleichberechtigt mit ihren Nachbarvölkern unter der Herrschaft des Kalifen. Es gab noch kein gesamtkurdisches Nationalbewußtsein und dementsprechend auch kein Bedürfnis, einen eigenen Staat gründen zu wollen. Kriegerischen Auseinandersetzungen lagen meist Stammesfehden zugrunde.

Im 10.Jahrhundert, als das Reich des Kalifen an Macht verlor, bildeten die Kurden einige de facto unabhängige Fürstentümer. Kunst und Wissenschaft blühten.

Ihre Glanzzeit erlebten diese Fürstentümer zu Lebzeiten Saladins, der selbst Kurde war. Seinen Ruhm begründete die wohl größte Herrschergestalt, die das kurdische Volk je hervorgebracht hatte, in seinen erfolgreichen Kämpfen gegen die Kreuzritter. Europa beeindruckte er durch seine noble Haltung gegenüber gefangenen christlichen Gegnern.

Im 13. Jahrhundert fügten kurdische Krieger den nach Westen vordringenden Mongolen große Verluste zu. So verloren die Mongolen allein vor der Burg Hewler (Erbil) in einer Schlacht im Jahre 1257 20.000 Mann.

Die Aufteilung Kurdistans 1514

Im 16. Jahrhundert kämpften Türken und Perser um Kurdistan. Der größte Teil des kurdischen Siedlungsgebietes geriet 1514 nach einem türkischen Sieg, unter Einfluß der osmanischen Türken, die sich anfangs äußerst konziliant verhielten und den einzelnen kurdischen Fürstentümer weitgehend ihre Selbständigkeit im Rahmen des osmanischen Reiches beließen. Als Gegenleistung mußten die kurdischen Fürsten Soldaten für die Heere des Osmanischen Reiches stellen. Die Perser hingegen gingen von Anfang an gegen die in ihren Machtbereich gefallenen Kurden mit rücksichtsloser Härte vor. Sie scheuten selbst vor Deportationen großen Stils nicht zurück. 1589 siedelten sie eine große Anzahl in Armenien an, aber selbst in so entlegene Gebiete wie Belutschistan oder an die persisch-afghanische, turkestanische oder indische Grenze wurden "aufsässige" Kurdenstämme verpflanzt.

Erstes Vertragswerk über Grenzregelung: 1639

1639 einigten sich, nach langwierigen Kriegen die Hohe Pforte unter Sultan Murad II und Teheran unter Schah Abbas II im Vertrag von Zuhab über die Grenzen zwischen ihren Reichen, die, abgesehen von zeitweiligen Verschiebungen, noch heute Gültigkeit besitzen. Damit war die endgültige Teilung Kurdistans besiegelt.

Wohlvollende Behandlung seitens Teherans erfuhren die Kurden erst unter der Zend-Dynastie im 18. Jahrhundert, deren Stammvater, General Kerim Khan, dem kurdischen Volke entstammte. Aus den ehemaligen Deportationsgebieten wurden kurdische Fürstentümer. Im osmanischen Reich begann nach der Niederlage vor Wien 1683 der Umwandlungsprozeß der autonomen Fürstentümer in Provinzen der Hohen Pforte. Den Auftakt dazu bildete die Einsetzung eines türkischen Statthalters in Diyarbakir. Mitte des 19. Jahrhunderts hatten auch die letzten Fürstentümer nach zum Teil schweren Auseinandersetzungen ihre Selbständigkeit im türkischen Teil Kurdistans verloren.

Auch Teheran setzte im 19. Jahrhundert wieder auf eine rigorose Zentralisierungspolitik und liquidierte 1867 als letztes Fürstentum Ardehan.

Damit endete die Periode kurdischer Selbstverwaltung und - wenn auch begrenzter - kurdischer Freiheit.

Das ausgehende 19. Jahrhundert war gekennzeichnet von immer wieder ausbrechenden Aufständen gegen die Willkür der Provinzverwalter und Steuereintreiber der jeweiligen Zentralregierungen und prägte das seither in Europa vorherrschende Bild vom "Wilden Kurdistan".

1878 versuchte Scheich Obaidullah Nehri im Anschluß an die Wirren des russisch-türkischen Krieges von 1877, einen eigenen Kurdenstaat zu gründen. Der Aufstand scheiterte wie auch die kurdische Erhebung in den Jahren 1886 bis 1889.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich eine nationalkurdische Organisation gebildet, deren Presseorgane die kurdischen Anliegen auch den europäischen Staaten vermittelten.

Die Revolution der Jungtürken im Jahre 1908 brachte nicht nur die Einführung der Demokratie im Reich der Osmanen, sie gab auch der kurdischen Freiheitsbewegung neue Impulse. Kurdische Abgeordnete saßen im neugegründeten türkischen Parlament und nahmen den Kampf um die Rechte ihres Volkes auf.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte das osmanische Reich auf der unglücklicheren Seite. Nach vierjährigem Ringen bricht der "Kranke Mann am Bosphorus", endgültig zusammen.

ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN... Türkei nach Lausanne

Der Vertrag von Lausanne war die erste Revision eines Pariser Vorordiktates und die einzige, die den Zweiten Weltkrieg überdauert hatte. Mustafa Kemal, der von seinen türkischen Landsleuten für seine Verdienste zu Recht den Ehrentitel Atatürk, "Vater der Türken" erhalten hatte, wurde zum Todfeind der Kurden und ihrer Träume von Freiheit und Selbstbestimmung. Das Kurdische, in den ausschließlich von Kurden bewohnten Gebieten als zweite Amtssprache zugelassen, wurde wieder abgeschafft. Kurdische Zeitungen durften nicht mehr erscheinen, die kurdischen Schulen wurden geschlossen. Selbst die Namen der Dörfer wurden türkisiert. Führende Kurden wanderten ins Gefängnis, andere, die gegen dieses Verhalten der Regierung protestierten, wurden vor ein Militärgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Als schließlich noch 1924 das Parlament in Ankara das Kalifat abschaffte, fühlten sich auch die gutgläubigsten Kurden hintergangen.

Die Reaktion des betrogenen Volkes ließ nicht lange auf sich warten: 1925 brach der erste große Aufstand auf dem Gebiet der neuen Türkei los. Unter Scheich Said von Piran, überrumpelten kurdische Krieger zahlreiche türkische Garnisonen und gewannen die Kontrolle über weite Teile ihres Siedlungsgebietes. Innerhalb kürzester Zeit erreichte die kurdische Streitmacht eine Stärke von 30.000 Mann.

Atatürk schlug den Aufstand grausam und brutal nieder. "Männer wurden gefoltert und getötet, die Dörfer verbrannt, die Ernte vernichtet, Frauen und Kinder vergewaltigt und ermordet" berichtet H. C. Armstrong in seinem Buch "Mustafa Kemal - der graue Wolf". Die

gefangenen Stammeshäuptlinge wurden öffentlich gehenkt. Als letzter von insgesamt 231 Scheich Said von Piran.

Der türkische Terror aber wütete weiter:

Noch Monate nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden unzählige Häuser eingeäschert und mehr als 200 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Ganze Stämme wurden ins Innere Anatoliens verschleppt. Die Zahl der ermordeten Zivilisten wird zwischen 15.000 und 100.000 angegeben.

Zwei Jahre später wagten die Kurden den nächsten, nahezu drei Jahre währenden Waffengang. Erst als die letzten Nahrungsmittel verzehrt waren, die letzte Patrone verschossen, ergab sich die am biblischen Berg Ararat eingeschlossene Streitmacht.

Wieder wurden Dörfer zerstört und ihre Bewohner niedergemetzelt, 10.000 kurdische Bauern ausgetrieben. 53 Führer des Aufstandes wurden nach einem Militärgerichtsverfahren öffentlich gehenkt oder enthauptet und 100 kurdische Intellektuelle, die der Unabhängigkeitspartei angehörten oder nahestanden, an Händen und Füßen gefesselt im Van-See ertränkt.

Atatürks Justizminister Mahmud Essad erklärte dazu: "Nur die türkische Nation darf völkische und rassische Rechte in diesem Land haben, kein anderer hat dieses Recht" und "Der Türke ist der einzige Herr, der einzige Gebieter dieses Landes; jene, die nicht rein-türkischer Herkunft sind, haben nur ein Recht: das Recht, Knechte zu sein, das Recht, Sklaven zu sein".

Besonders brutal betrieben die Kemalisten die Assimilierungspolitik in der in Tünceli umbenannten Dersim-Provinz. 1937 flammte hier ein neuer Volksaufstand auf, der erst im März 1938 endgültig niedergeworfen werden konnte. Frauen und Kinder, die sich vor den Bomben und Bordwaffen der Flugzeuge in den weitläufigen Höhlen der Hänge versteckt hatten, wurden entweder mit Gas ausgeräuchert und dann mit Bajonetten niedergemacht oder die Höhleneingänge wurden einfach zugemauert.

„Ich habe als Kind Schafe gehütet und viele leere Patronenhülsen gefunden“, erzählte mir im Jahre 1991 Siyar, der Kommandant des Ausbildungslagers der PKK, aus seiner Jugendzeit, „und hatte mir daraus Ketten gemacht. Damals wußte ich noch nicht, wie viel Leid damit verbunden war.“

Während des fast zweijährigen Kampfes hatten die Kurden rund 50.000 Tote zu beklagen, etwa 100.000 wurden in der Folge deportiert und die zwölf Führer des Aufstandes gehenkt; darunter zwei Parlamentsabgeordnete.

Es war, sieht man von der jahrelangen Guerillatätigkeit der PKK in unseren Tagen ab, der letzte große Kurdenaufstand in der Türkei,

Die Kurden im Irak

Die Geschichte des aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches entstandenen binationalen Irak, einem britischen Mandatsgebiet, ist gekennzeichnet von immer wieder aufflammenden Kämpfen zwischen Kurden und Arabern, Kurden und Engländern und Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und England um das erdölreiche Gebiet von Mossul. Als es 1925 endgültig von Bagdad und damit von den Engländern beherrscht wurde, erklärten diese in den Kurdengebieten Kurdisch zur Amtssprache, um gegen die islamische Kartei der Türkei die nationalkurdische spielen zu können. Trotzdem kam es 1930 und 1932 ebenso wie gegen Ende des 2. Weltkrieges, zu Aufständen der Kurden gegen die Briten und die Araber. Schon damals flog die Royal Air Force Einsätze gegen die Zivilbevölkerung. 1932 wurde der Irak, nach Abschluß eines Freundschafts- und Militärpaktes mit Großbritannien, in den Völkerbund aufgenommen; allerdings unter der Auflage, die Rechte der Kurden als nationale Minderheit anzuerkennen, was neben der Größe der Minderheit im Verhältnis zum arabischen Mehrheitsvolk und einer latenten Schwäche der Bagdader Zentralregierung entscheidend für die Erhaltung einer gewissen Eigenständigkeit der Kurden im Irak werden sollte. Schon in dieser Periode hatte ein Mann die politische Bühne betreten, der zur Seele des kurdischen Widerstands und zur Personifizierung des kurdischen Freiheitswillen werden sollte: Mullah Mustafa Barsani.

Während die irakischen Kurden noch in schwere Kämpfe verwickelt waren, hatte die kurdische Nationalbewegung im Iran ihren bisher größten Sieg errungen:

Die Errichtung eines kurdischen Nationalstaates. Und Barsani sollte als einer von vier Generälen mit seinen kampferprobten Männern den Schutz des neuen Staatswesens übernehmen.

Iran

Die Zwischenkriegszeit war auch in den persischen Kurdengebieten von einer weiteren Ausbildung kurdischen Nationalbewußtseins gekennzeichnet. Unterdrückungsmaßnahmen der Zentralregierung führten 1921 zu einem Aufstand des Shikak-Stammes, der nach beachtlichen militärischen Erfolgen erst 1930 endgültig niedergeschlagen werden konnte.

Der Beginn des Rußlandfeldzuges führte zu einer dramatischen Veränderung der Situation der Kurden im Iran.

Die Alliierten benötigten den Iran als Transitland für die amerikanischen Waffenlieferungen an die Rote Armee. Da der deutsch-

freundliche Schah ihre diesbezüglichen Forderungen ablehnte, fielen im November 1941 die Russen von Norden und die Briten, später auch US-Soldaten von Süden, in den Iran ein. Der Schah wurde kurzerhand zur Abdankung gezwungen und durch seinen minderjährigen Sohn Mohammed Reza ersetzt. Obwohl die Alliierten weiterhin eine iranische Zentralregierung im Amte beließen, übten sie doch die tatsächliche Herrschaft im Lande aus.

Der "Pakt der drei Grenzen" **Sein Ziel: Großkurdistan**

Im August 1944 kam es zu dem berühmten "Pakt der drei Grenzen". Vertreter von Kurden aus der Türkei, dem Irak und dem Iran erklimmen den Gipfel des fast 3.600 m hohen Dalanpar, dort wo die Staatsgrenzen der drei Unterdrückerstaaten aufeinandertreffen, und unterzeichneten den Pakt, der gegenseitige Hilfe in materieller und personeller Hinsicht im Kampf um ein zu schaffendes Großkurdistan vorsah!

Eine Landkarte wurde entworfen - mit einer mehr als großzügigen Festlegung der Grenzen des kurdischen Siedlungsgebietes.

Kurden und Aserbeidschaner nutzten die Ohnmacht des Kaiserreiches zur Gründung eines eigenen Staates. Am 23. 1. 1946 rief der oberste geistliche Richter von Mahabad, Ghasi Mohammad, den ersten und bisher einzigen Kurdenstaat der neueren Zeit, die sogenannte Republik von Mahabad, aus. Und einer der vier Generäle der jungen Republik wurde Mustafa Barsani, der kurz zuvor noch den britischen und irakischen Truppen schwere Verluste zugefügt hatte.

Nach dem Abzug der alliierten Besatzer setzte die iranische Regierung Truppen in Richtung Mahabad in Marsch, um die im ganzen Kaiserreich vorgesehenen Wahlen zu sichern. Die Kurden sollten in den iranischen Reichsverband zurückkehren, aber dafür Selbstverwaltung erhalten. Die Armee der Kurden hatte allerdings die Waffen niederzulegen. Barsani zog es vor, begleitet von einigen Getreuen und verfolgt von der iranischen, der irakischen und der türkischen Armee, über die Berge in die für ihn rettende Sowjetunion zu gehen.

Ghasi Mohammad indessen, der Kurdenführer von Mahabad, ging nach alter Sitte mit seinen Ministern den anrückenden Persern entgegen, um sie zu begrüßen. Er wurde mit seinem Gefolge verhaftet und am 31. März 1947 auf eben jenem Platz, wo die Republik ausgerufen worden war, gehenkt.

Ghasi Mohammads Sohn Ali, der auf Kosten des Schah in Deutschland studierte, aber nicht in seine Heimat zurückkehren durfte, lebt

heute in Bonn und gilt als Autorität und ausgleichendes Element in Kreisen der Exilkurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach Mahabad

IRAK

Nach Beseitigung der Monarchie im Irak durch Kassem 1958 holte dieser Barsani, um die Kurden für das neue Regime zu gewinnen, in seine Heimat zurück. Die neuen Machthaber beteiligen die Kurden zunächst an der Regierung, Kurden und Araber sollten im neuen Staat gleichberechtigte Partner sein und die Feindschaft zwischen beiden Völkern der Vergangenheit angehören. Zwei Jahre später war dieser Traum ausgeträumt. Kurdische Zeitungen wurden verboten, Funktionäre der KDP (Kurdistan demokratische Partei) verhaftet, kurdische Lehrer in den arabischen Süden des Irak versetzt. Die Einführung einer 10%-igen Erntesteuer führte schließlich am 6. September 1961 zum Aufstand.

Von 1961 bis 1970 führten die irakischen Kurden, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, einen erbitterten Krieg gegen die Bagdader Zentralregierung. Trotz größter Anstrengungen und dem Einsatz aller militärischen Kräfte, die Luftwaffe eingeschlossen, war es den irakischen Streitkräften nicht gelungen, die Kurden unter ihrem legendären Führer Mustafa Barsani zu besiegen, obwohl es, wie schon eingangs erwähnt, den Arabern gelungen war, Tschallal Talabani, einen prominenten Mitarbeiter Barsanis, auf ihre Seite zu ziehen.

Geheimverhandlungen zwischen beiden Streitparteien führten schließlich am 11. März 1970 in Beirut zum berühmten „Kurden-Manifest“.

Die Verfassung sollte geändert werden und die irakische Nation fortan aus zwei Völkern bestehen, den Arabern und den Kurden. Den Kurden sollte lokale Selbstverwaltung und ein proportionaler Anteil an der staatlichen Zentralgewalt zugestanden werden, wie überhaupt eine Reihe von Bestimmungen zu ihrem Schutz erlassen werden sollten. Den im Laufe des Bürgerkrieges umgesiedelten kurdischen Familien – die Baathisten hatten in den Kurdengebieten, insbesondere dort, wo Öl sprudelte, systematisch Arabisierungspolitik betrieben – wurde die Rückkehr in ihre Heimat zugesichert und die strittigen ethnischen Grenzen zwischen Kurden und Arabern sollten aufgrund einer innerhalb eines Jahres abzuhaltenden Volkszählung besonderer Art in den umstrittenen Gebieten geklärt werden. Im Gegenzug dazu verpflichteten sich die Kurden, die staatliche Integrität des Irak zu garantieren und alle schweren Waffen der Zentralregierung auszuliefern.

Genau vier Jahre sollte dieses Übereinkommen in Geltung stehen. Während dieser Zeit, so war beabsichtigt, sollte die endgültige Autonomieregelung ausgearbeitet und dann in Kraft gesetzt werden.

Um die weitere Entwicklung zu verstehen, ist es erforderlich, einen Blick auf die innerirakischen Ereignisse zu werfen.

1958 hatte Brigadegeneral Kassem die Haschemiten-Monarchie hinweggefegt. Es folgten der Austritt aus dem westlichen CENTO-Pakt, die Erklärung der Blockfreiheit und die Verstaatlichung der zumeist von den Briten ausgebeuteten Ölfelder. Zehn Jahre später putschten sich die Baathisten an die Macht. Die zwangsläufig erfolgte Annäherung an die Sowjetunion mündete schließlich im April 1972 im Abschluß eines irakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages – für die USA der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Aber auch der Iran, das Schwert der USA in dieser Region, fühlte sich von dem erstarkenden Irak bedroht und sah die panarabischen und revolutionären Bestrebungen des Nachbarstaates mit Besorgnis.

Am 30. Mai 1972 stattete US-Präsident Nixon in Begleitung seines Sicherheitsberaters Henry Kissinger dem iranischen Herrscher einen Kurzbesuch ab. Der Schah erzählte von seinen Sorgen und Befürchtungen, die er wegen der Politik der Baathisten in Bagdad hegte und wies sie auf die Möglichkeit hin die irakischen Kurden in einen neuen Aufstand gegen Bagdad zu hetzen. Er hatte Kenntnis davon, daß die Verhandlungen über die endgültige Autonomieregelung zwischen Barsani und der Bagdader Zentralregierung ins Stocken geraten waren. Er konnte sich leicht ausrechnen, welcher Versprechungen es bedurfte, um die Kurden, deren Kampfkraft er wohl kannte, zu einem neuerlichen Waffengang zu verleiten. Trotzdem hegte er gewisse Bedenken, fürchtete er doch die Auswirkungen auf seine eigenen Kurden, denen er konsequent alle nationalen Rechte verweigerte.

Die beiden Amerikaner zeigten sich von der Idee, die Kurden in einen Stellvertreterkrieg gegen das unbotmäßige Baath-Regime zu schicken, hellauf begeistert. Jahre später gelang es dem deutschen Journalisten Günther Deschner, Einsicht in die Dokumente des Pentagon zu erhalten und das ganze Ausmaß der Niedertracht, die zur Tragödie im März 1975 geführt hatte, in seinem Buch „Saladins Söhne“ aufzuzeigen. Barsani, der alte Fuchs, mißtraute wohl dem Schah, nicht aber den US-Amerikanern, die ihm jede gewünschte Unterstützung zusagten. So kam es am 11. März 1974 zu dem bis dahin größten Kurdenaufstand im Irak. Die Araber hatten wohl einige Abstriche vom ursprünglichen Autonomiestatut gemacht, es wäre aber für die Kurden durchaus annehmbar gewesen und wäre auch vermutlich angenommen worden, hätten die Amerikaner die Kurdenfrage nicht als taugli-

ches Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele im Nahen Osten entdeckt und den Kurden nicht das Blaue vom Himmel versprochen! Die militärischen Erfolge der kurdischen Stammeskrieger gegen die hochgerüstete irakische Armee fanden Eingang in die westlichen Medien und lösten selbst bei Militärfachleuten Bewunderung aus. Zu jener Zeit besuchte ich zum ersten Mal den irakischen Teil Kurdistans. Die Kurden befanden sich in einer unglaublichen Aufbruchsstimmung. Daß die USA hinter ihnen standen war für sie entscheidend. Sie waren der Garant dafür, daß die Nachschubwege offengehalten würden, und daß es an den nötigen Waffen nicht fehlen würde. Kämpfen könnten sie wohl selbst. Ein kurdischer Student, der mir einmal als Dolmetscher zugeteilt war, erzählte mir, er schäme sich heute, daß er vor einigen Jahren in London an einer Demonstration gegen den Schah teilgenommen hatte. Ein Haar vom Haupte des iranischen Herrschers sei wertvoller als alle diese linken Demonstranten...

Und in vielen Geschäften hing neben dem Bild Barsanis das des „Königs aller Arier“.

So war im Sommer 1974 die Stimmung unter den Kurden im Irak.

Sie konnten damals noch nicht wissen, welches infame Spiel die US-Amerikaner und der Schah mit ihnen trieben.

Von allem Anfang an stand nämlich für die großen Strategen in Washington fest, daß die Kurden nicht gewinnen durften. Ein kurdischer Sieg paßte nicht in ihr Konzept. Wie Günther Deschner berichtet, enthüllte später ein amerikanischer Untersuchungsausschuß, das „Select Comittee on Intelligence“, daß Kissinger und Nixon bereits unmittelbar nach Beginn der von ihnen mitinitiierten Kampfhandlungen „eine offensichtliche Politik des Nichtgewinnens“ betrieben. Die entsprechende Dosierung der Waffenlieferungen sorgte dafür.

Die Bombe platzte am 7. März 1975

Nachdem der Irak weichgeklopft war, und Saddam Hussein, damals noch Vizepräsident, aber schon der starke Mann in Bagdad, bereit war, seine Bindung an die Sowjetunion zu lockern und die Grenze am Schatt el Arab zugunsten Persiens zu ändern, kam es in Algier zur großen Versöhnungsszene zwischen dem Schah und Saddam Hussein.

Der Schah versprach, jede wie immer geartete Hilfe für die Kurden sofort einzustellen, sie von den lebenswichtigen Nachschubverbindungen abzusperren und, wenn nötig, auch militärisch zur Niederschlagung des Kurdenaufstandes beizutragen.

Versuche Barsanis, den Schah vielleicht doch noch umstimmen zu können, schlugen ebenso fehl wie ein Appell an den amerikanischen

„Chief of Station“ der CIA in Teheran. Und wenig später wandte er sich in einem persönlichen Schreiben an Kissinger, der 1972 die Operationen in Irakisch-Kurdistan angeregt hatte, und wies ihn auf die unmittelbare Verantwortung der USA an den gegenwärtigen Ereignissen hin. Aber weder Kissinger noch irgendeine kompetente amerikanische Stelle reagierten.

Barsani selbst gab den Befehl, die Waffen zu strecken. 180.000 flüchteten mit ihm und seinen Söhnen Idris und Masud in den Iran. Saddam Hussein ließ 400.000 in den sumpfigen Süden des Landes bringen, wo viele von ihnen dem ungewohnten und ungesunden Klima zum Opfer fielen.

Neun Jahre später, bei meinem zweiten Aufenthalt in Irakisch-Kurdistan, erzählte mir Masud Barsani, Sohn und politischer Erbe des großen Mustafa Barsani, sein Vater hätte noch am Totenbett gesagt: „Der größte Fehler meines Lebens war, den Amerikanern vertraut zu haben.“

Der erste Golfkrieg

Im Sommer 1980 begann mit dem Einmarsch der irakischen Truppen in den Iran Khomeinis der sogenannte erste Golfkrieg. Acht (!) Jahre unterstützten die Vereinigten Staaten Saddam Hussein in seinem Angriffskrieg gegen den Iran der Ayatollahs.

Der Iran schien Washington zum damaligen Zeitpunkt der gefährlichere, weil stärkere Gegner israelischer und US-amerikanischer Interessen in der Region zu sein, und so wurde in Anlehnung an die jahrhundertlang geübte britische Praxis der „Balance of power“ - Politik die zweitstärkste Macht gegen die stärkste unterstützt. Ziel war keineswegs, dem Irak zum Siege zu verhelfen, sondern beide Seiten entscheidend zu schwächen. So wie fünf Jahre zuvor die Kurden nicht siegen, sondern nur so stark sein durften, um den Irak Saddam Husseins zu schwächen und den Diktator den amerikanisch-iranischen Wünschen gegenüber gefügig zu machen, so durfte im ersten Golfkrieg der Irak nur so stark sein, um den iranischen Fundamentalismus einzubremsen. Siegen durfte Saddam Hussein nicht. Über eine Million Menschen verloren dabei ihr Leben! Ohne Eingreifen der USA wäre der Krieg entweder in wenigen Monaten beendet gewesen oder, noch wahrscheinlicher, gar nicht ausgebrochen, da Saddam Hussein ohne vorherige Absprache mit den Amerikanern wahrscheinlich den Angriff auf den Iran gar nicht gewagt hätte.

Getreu der alten orientalischen Überzeugung, „der Feind meines Feindes ist mein Freund“, kämpften viele iranische Kurden auf Seiten Saddam Husseins gegen die iranischen Truppen, und irakische Pesch

Merga als Verbündete Teherans gegen die Bagdader Zentralregierung.

Mit dem Ende des großen Krieges konnten sich Teheran und Bagdad wieder voll und ganz der Disziplinierung „ihrer“ Kurden zuwenden, was nicht heißen soll, daß die beiden Staaten nicht auch schon während des Krieges immer wieder Angriffe gegen die ihnen feindlichen kurdischen Einheiten, vor allem aber auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung, durchgeführt hätten.

So hatte Saddam Hussein schon seit 1984 das international verbotene Giftgas gegen die Kurden eingesetzt. Die Giftgasangriffe erreichten allerdings erst ihren grauenvollen Höhepunkt, als der Krieg in den letzten Zügen lag. Am 16. März 1988 flogen irakische Kampfflugzeuge Einsätze gegen die Ortschaft Halabdscha und zwei andere Dörfer in der kargen, bergigen Umgebung, wobei sie Senfgasbomben einsetzten (8.000 Menschen gingen dabei qualvoll zugrunde, 5000 allein in Halabdscha. Die Überlebenden wurden vertrieben.

Obwohl nach Beendigung des ersten Golfkrieges der Giftgaseinsatz durch iranische Quellen und durch das Engagement einiger privater Personen bekannt wurde, verurteilte kein einziges Land, auch nicht die UNO, diesen Massenmord. Saddam Hussein war schließlich ein Verbündeter der USA gewesen!

Erst nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait wurde das Giftgassterben in Halabdscha in den westlichen Ländern entsprechend zur Kenntnis genommen.

Für die Kurden schien der sogenannte zweite Golfkrieg eine neue Chance bieten.

Vollmundig hatte George Bush angekündigt, eines der Kriegsziele sei der Sturz Saddam Husseins. Das irakische Volk möge sich gegen den Diktator erheben. Die Schiiten im Süden und den Kurden im Norden des Landes wurde erfolgreich vorgegaukelt, ihre Interessen würden von der Anti-Saddam-Koalition wahrgenommen. So griffen die Kurden am Ende der „Mutter aller Schlachten“, im März 1991 wieder zu den Waffen, um Saddams Herrschaft endlich abzuschütteln. Im Süden kämpften die Schiiten mit großem Erfolg, im Norden gelang den Kurden die Befreiung der gesamten Provinz Sulaimanye. Selbst Erbil und für kurze Zeit sogar Kirkuk, „das Herz Kurdistans“, wie Masud Barsani formulierte, konnten sie in ihre Gewalt bringen. Doch dann kam der Gegenschlag: Die während des Krieges eingekesselten hochgerüsteten Republikanischen Garden, die Bush nach dem Waffenstillstand ziehen ließ, begannen zuerst den Südirak zurückzuerobern. 35.000 Menschen verloren dabei ihr Leben. Danach warf Saddam Hussein seine geballte Militärmacht gegen die Kurden in die Schlacht. Der irakischen Luftwaffe hatten die Kurden – fast – nichts entgegensetzt.

zen. Sie warf Phosphorbomben auf Städte und Dörfer ab, verschonte weder Menschen noch Tiere und bombardierte gezielt Flüchtlingskonvois. Die Bewohner flohen in die Berge. Unbehelligt massakrierte die irakische Armee die Aufständischen. Frauen, Kinder und alte Männer flüchteten über die türkische Grenze, wo der Winter wartete, mit Kälte und Hunger. Es gab keine Medikamente und die Krankenhäuser waren überfüllt. Die USA verweigerten den Kurden jede Hilfe, während weltweit gegen das Vorgehen Saddams protestiert wurde. Den US-Soldaten war es sogar untersagt, gegen die auf Kurden schießenden Helikopter vorzugehen. A.M. Rosenthal verglich das in der „International Herald Tribune“ mit der Haltung der Roten Armee in Warschau 1944, als den Polen gegen die deutschen Truppen nicht geholfen wurde, obwohl Radio Moskau zum Aufstand ermutigt hatte. Das Wegschauen der Bush-Administration in diesen Tagen des Jahres 1991 wurde vom ehemaligen Chefredakteur der „New York Times“ als eine „amerikanische Tragödie“ bezeichnet. Erst allmählich gaben die USA angesichts der humanitären Katastrophe und unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihre viel zu lange geübte Zurückhaltung auf. Gegen die Forderung der EG-Regierungschefs und des iranischen Außenministers, Schutzzonen für die verfolgten Kurden im Norden und für die Schiiten im Süden zu errichten, legte sich die USA aber noch länger quer, bis sie schließlich doch ihre Zustimmung dazu gaben.

Die Kurden hatten, genauso wie die übrige Bevölkerung des Irak unter den mörderischen Wirtschaftsanktionen, welche die UNO auf Druck der USA über das unglückliche Land verhängt hatte, schwer zu leiden. Erschwerend kam noch dazu, daß auch Saddam Hussein die seiner Gewalt entzogenen Schutzzonen im Norden und Süden seines Staates boykottierte, so daß es zunächst fast an allem, vor allem an Medikamenten mangelte und eine extrem hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Selbst im Rahmen einer groß angelegten Aufforstungsaktion frisch gesetzte Bäume wurden von den Menschen als Brennholz zweckentfremdet. „Was hätten denn die Leute im Winter sonst machen sollen? “ entschuldigte ein Funktionär der KDP dieses Verhalten. „Es gibt kaum Strom, die Elektrizitätswerke sind zerstört und auch Heizöl ist kaum zu bekommen“.

Seit damals hat sich viel geändert. Die kurdische Führung setzte auf Marktwirtschaft, die Wirtschaft begann in Gang zu kommen und in den Städten, allen voran Erbil und Suleimaniye, entfaltete sich eine rege Bautätigkeit.

Geschützt vor den Angriffen des irakischen Militärs schufen die Kurden in ihrem vom übrigen Irak abgekoppelten Territorium ein kleines

Wirtschaftswunder, zu dem auch der Schmuggel sein Scherflein beitrug.

Iran nach Mahabad

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der im Anschluß daran erfolgte Abzug der Besatzungsmächte erlaubte es der Teheraner Zentralgewalt, sich wieder auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen. Für die kurdischen - und aserbeidschanischen - Untertanen folgten Jahre schwerer Unterdrückung und Verfolgung.

Der kurdischen Nationalbewegung im Iran wurde die Luft zum Atmen entzogen.

Erst die Rückkehr Barsanis aus seinem sowjetischen Exil gab der kurdischen Nationalbewegung auch im Iran neuen Auftrieb.

1964 tagte in Sun, einem Dorf an der Grenze zum Irak der erste große Kongreß der Demokratischen Partei der iranischen Kurden. In den folgenden Jahren kam es zur Bildung bewaffneter Einheiten und zum Beginn des Partisanenkrieges gegen das Regime in Teheran.

1973 erfolgte ein allgemeiner Linksruck in Iranisch-Kurdistan, was u.a. in der Bestellung des alten Polit-Haudegens Abdul Rahman Ghassemlu zum Generalsekretär der DPK in Bagdad (!) seinen Ausdruck fand.

Bis zu seiner Ermordung in Wien im Jahre 1989 prägte und verkörperte er die Partei. Sein weiterer persönlicher und politischer Werdegang spiegelt die Entwicklung der kurdischen Bestrebungen im Iran in den folgenden Jahren wider.

Im März 1975 hatte der Schah den irakischen Kurden seine Unterstützung entzogen und sich mit Saddam Hussein ausgesöhnt. Als Folge davon war auch der irakische Diktator gezwungen, ein gleichartiges Verhalten gegenüber den iranischen Kurden an den Tag zu legen und ihren politischen Spielraum in seinem Machtbereich einzuzengen. Ghassemlu verließ den Irak und nahm 1976 an der Sorbonne in Paris eine Dozentur für kurdische Sprache und Literatur an. Er setzte nun, wie der weitaus größte Teil seiner Landsleute, auf Khomeini und die islamische Revolution. Noch vor dem Ausbruch derselben begab er sich heimlich nach Teheran und förderte sie nach Kräften.

Die islamische Revolution

In der kurdischen Bevölkerung stießen die Berichte einiger Kurdenführer, sie hätten im Exil Gespräche mit Ayatollah Khomeini geführt und von ihm die Zusicherung erhalten, den Kurden in seinem zukünftigen islamischen Staat den Status einer autonomen Region zuerkennen zu wollen, auf große Begeisterung.

Jedenfalls hatten die Kurden ihren Teil zum Gelingen der Revolution beigetragen. Sie stürmten die Kasernen und vertrieben die dem Schah ergebenen Truppen. Im gesamten Siedlungsgebiet der iranischen Kurden tauchten Khomeini-Bilder auf, noch häufiger aber solche Ghasi Mohammads.

Ghassemlu, der seinen linken Ideen und Idealen treu geblieben war, wurde für kurze Zeit zum mächtigsten Mann in Iranisch-Kurdistan.

Turbulente Monate folgten. Tage und Wochen des Kampfes wechselten mit friedlicheren Perioden ab, in denen emsig nach allen Seiten hin verhandelt wurde.

Khomeinis Haltung den Kurden gegenüber war zwiespältig. Er lockte und drohte. Einmal versprach er den Kurden, ihnen die Erdöleinnahmen eines einzigen Tages zu schenken, wenn sie wieder auf den „rechten Weg“ zurückkehren würden, ein anderes Mal erklärte er ihnen den Heiligen Krieg. Unberührt davon fanden Verhandlungen zwischen Kurden und Khomeini, aber auch zwischen der DPK und Bagdader Regierungsstellen statt.

Im März 1980 errangen die Kandidaten der DPK bei den iranischen Parlamentswahlen in allen kurdischen Wahlkreisen überwältigende Siege.

Noch vor der Stichwahl, die in manchen Gebieten, wo Kurden und Aserbeidschaner lebten, erforderlich wurde, machten die Iraner mit ihrem Heiligen Krieg Ernst. Sie starteten eine militärische Großoffensive. Während die iranische Armee aufmarschierte, um die aufmüpfigen Kurden unter Kontrolle zu bringen, glaubte Saddam Hussein die Schwäche des Irans nützen zu können, um das März-Abkommen von 1975 zu seinen Gunsten revidieren zu können.

Im Sommer 1980 begann mit dem Einmarsch der irakischen Armee in den Iran der Golfkrieg, der acht Jahre dauern sollte und mehr als einer Million Menschen das Leben kostete.

Er belebte das alte, immer wiederkehrende Spiel zwischen dem Irak und dem Iran. Bagdad versuchte die Kurden im Iran gegen die Teheraner Zentralregierung zu mobilisieren und die Ayatollahs beeilten sich, die irakischen Kurden gegen Saddam Hussein in die Schlacht zu schicken. Gleichzeitig bemühten sich jedoch beide, die jeweils eigenen nach Möglichkeit ruhig zu halten.

Bis 1981 erstreckte sich der Herrschaftsbereich der DPK Ghassemlus noch über den größten Teil Iranisch-Kurdistans. Erst dann gelang es den iranischen Regierungstruppen, die Städte Kurdistans zu erobern. Bis 1984/85 beherrschten die Kurden aber noch etwa ein Drittel der von ihnen bewohnten 4.000 Dörfer.

Im Herbst 1984 entschloß sich die iranische Regierung, in den Grenzgebieten zum Irak nahezu 100 Kurdendörfer mit Gewalt umzusiedeln; vor allem Dörfer in der Gebirgsregion zwischen der Stadt Sardasht in der iranische Provinz Kurdistan und dem irakischen Kurdenstädtchen Qala Disa. Insgesamt waren davon 20.000 Menschen betroffen. Trotzdem konnten die Iraner erst im Laufe der nächsten Jahre ihre Herrschaft über das Kurdengebiet sichern. Kleinere Gebiete blieben sogar bis 1987 unter kurdischer Kontrolle.

Erst die Beendigung des Golfkrieges 1988 stellte die volle Souveränität der Teheraner Zentralregierung wieder her. Die Kämpfer der iranischen Kurden mußten sich wieder auf Partisaneneinsätze beschränken.

Am 13. Juli 1989 traf Ghassemlu und zwei seiner Mitstreiter in Wien die Rache der Ayatollahs. Ein geheimes Treffen von Führungspersonlichkeiten der DPK des Iran und Vertretern der iranischen Regierung wurde zur tödlichen Falle. Mehrere Personen stürmten in eine Wohnung in der Bahngasse 5/12 in Wien-Landstraße, die von einer Österreicherin für diese Besprechung zur Verfügung gestellt worden war und eröffneten aus Pistolen das Feuer auf die drei anwesenden Kurden . Alle drei fanden den Tod.

Die Lage der Kurden in der Türkei nach 1945

Die Türkei als Südostpfeiler der NATO genoß während des Kalten Krieges und danach als Brücke zu den ölreichen ehemaligen Sowjetrepubliken das uneingeschränkte Wohlwollen Washingtons.

Daher pflegte - und pflegt - der Westen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei entweder ganz zu übersehen oder darauf mit großer Milde und Nachsicht zu reagieren.

Der türkische Staat konnte somit in all den Jahren nahezu ungestört seine Politik der „Endlösung der kurdischen Frage“ betreiben.

Der bis in die Sechzigerjahre über die kurdischen Provinzen verhängte Ausnahmezustand erleichterte großangelegte Umsiedlungsaktionen und konsequente Assimilierung.

Jeden noch so geringen Versuch kurdischen Widerstandes erstickte die geballte Militärmacht Ankaras.

Erst im Jahre 1956 gelang es volksbewußten Kurden, auch in der Türkei die Demokratische Partei Kurdistans zu gründen.

Ein erster Aufschwung erfolgte zwei Jahre später, als Mustafa Barsani aus dem sowjetischen Exil in seine, auf irakischem Staatsgebiet liegende, Heimat zurückkehren konnte.

Nationale Bestrebungen wurden mit äußerster Härte beantwortet.

Der Druck auf die kurdische Bevölkerung nahm noch zu, nachdem sich das Militär 1960 an die Macht geputscht hatte.

Tausende Menschen gingen in Kerkern der türkischen Militärs zugrunde. Die folgenden Jahrzehnte waren gekennzeichnet von kurdischen Protestaktionen, von Demonstrationsverboten und Polizeiberührungen, von Militäreinsätzen und Gerichtsverhandlungen, die zu schildern den Rahmen dieser Ausführungen sprengen würden. Es seien hier daher nur die wichtigsten Ereignisse erwähnt.

Seit 1971 arbeitet die Regierung an der Errichtung eines „türkischen Gürtels“ durch riesige Staatsgüter an den Grenzen zum Irak und zu Syrien, um die türkischen Kurden von ihren Volksgenossen in den Nachbarländern abzuschneiden.

Vom April 1971 bis Ende August 1973 war über einige kurdische Provinzen der Ausnahmezustand verhängt worden. Begründung: „Terror-Akten kurdischer Autonomisten“.

Die gnadenlose Kurdenpolitik Ankaras mußte zwangsläufig zu einer Radikalisierung der kurdischen Nationalbewegung, die immer weiter nach links driftete, führen.

Im Jahre 1978 erfolgte mit der Gründung der PKK die endgültige ideologische Weichenstellung: Die streng marxistisch ausgerichtete Partei übte eine gewaltige Faszination auf die kurdischen Massen aus.

Am 15. August 1984 eröffnete sie den bewaffneten Kampf gegen die türkische Armee. Sie gab damit dem kurdischen Freiheitskampf in der Türkei eine neue Dimension.

Im Oktober 1984 startete die erste türkische Großoffensive gegen die - wie es im offiziellen türkischen Sprachgebrauch hieß - Separatisten. Entlang einer 120 Kilometer langen Front verliefen die Operationen. Zum ersten Mal überschritten türkische Truppen - mit ausdrücklicher Zustimmung Bagdads - die irakische Grenze und drangen bis zu 30 km tief in irakisches Staatsgebiet ein.

Syrien, das mit der Türkei im Dauerstreit um das Wasser des Euphrat liegt und zudem bis heute seinen Anspruch auf den Sandschak von Alexandrette aufrecht hält, bot sich der PKK geradezu als Bundesgenosse an.

Tatsächlich lieferte Syrien nicht nur Waffen und Munition, sondern ermöglichte der PKK auch im syrisch beherrschten Bekaa-Tal im Libanon, militärische Ausbildungslager zu errichten.

Auch wenn die Einheiten der PKK zu keinem Zeitpunkt in der Lage waren, der hochgerüsteten türkischen Armee in offener Feldschlacht entgegenzutreten, so waren sie doch stark genug, um die türkische Armee durch permanente Nadelstiche in Trab zu halten und ihr beachtliche Verluste zuzufügen. Die türkische Staatsmacht schlug zu-

rück, hart und brutal. Häuser verdächtiger Personen wurden dem Erdboden gleichgemacht, über 1.000 Dörfer fielen dem türkischen Sicherheitsbedürfnis in den Grenzregionen zum Opfer, Hunderttausende kurdischer Familien verloren Haus und Heim und vegetieren als Entwurzelte irgendwo westlich von Ankara oder in den Asylantenheimen der Bundesrepublik dahin.

Turgut Özal, mütterlicherseits selbst kurdischer Abstammung, war der erste und bisher einzige türkische Spitzenpolitiker, der, wenn auch zaghaft, neue Wege in der Kurdenfrage gehen wollte. Er setzte auf Verbesserung der Infrastruktur und massive Wirtschaftshilfe.

Die PKK verbündete sich zunächst mit Masud Barsanis Partei, wechselte aber 1988 die Seiten und schloß einen Pakt mit der linken PUK. Auch zu türkischen Linksgruppierungen wurden Verbindungen geknüpft.

Beginn der kurdischen Intifada

Der März 1990 leitete eine neue Phase des kurdischen Widerstandes in der Türkei ein. Bei schweren Auseinandersetzungen zwischen türkischen Militäreinheiten und kurdischen Freischärlern fanden am 12. März 13 Kämpfer der PKK den Tod. Es folgten Demonstrationen und Aufrufe zu zivilen Ungehorsam. Am 14. März wurde ein gefallener Guerillero der PKK in Nusaybin beigelegt. 10.000 gaben ihm demonstrativ das Geleit. Die Armee fühlte sich bedroht und schoß in die Menge. Ein 13jähriges Mädchen und ein 19 jähriger Student erlitten tödliche Verletzungen. Auf die Verhängung des Ausnahmezustandes antworteten die Kurden mit einem Generalstreik. Die Geschäfte und Schulen wurden geschlossen. Es folgten neue Demonstrationen. Die Rufe „Özgürlük istiyoruz!“ („Wir wollen Freiheit!“) und „Yasasin Kurdistan!“ („Es lebe Kurdistan!“) beantwortete die Sondereinheit „Özel-Tim“ mit Schüssen. Am 18. März befolgten 15.000 Menschen den Generalstreik in Cizre. Am 21. März 1990, dem „Newroz-Fest“, für Kurden und Iraner der „Neujahrstag“, erreichten Streiks und Demonstrationen neue Höhepunkte. Es war der Beginn der kurdischen Intifada und der Beginn einer Periode, in der die PKK ihre größte Machtentfaltung erreichte.

Zu Gast bei Abdullah Öcalan in der Akademiya Mahsum Korkmaz

Im Sommer 1990 stand Abdullah Öcalan am Zenit seiner Laufbahn. In der Akademiya Mahsun Korkmaz, der in der Bekaa-Ebene gelegenen Kaderschmiede der PKK, analysierte er die politische Situation und

empörte sich über das Verhalten der Staatsorgane, die immer wieder die Menschenrechte kurdischer Gefangener verletzen. Einschüchterungen und Folterungen seien an der Tagesordnung und manche „Verdächtige“ würden sogar gezwungen, Menschenkot zu essen. „Von Ende Mai bis Mitte Juni konnten wir Kurdistan wieder zur Bühne von Massendemonstrationen machen. Es wurden Kundgebungen, Demonstrationen und Sitzstreiks vor Regierungsgebäuden durchgeführt“, zieht der Kurdenführer Bilanz. „Es ist uns gelungen, ein kurdisches Nationalbewußtsein zu schaffen, den Menschen ihren Stolz zurückzugeben und die Massen zu mobilisieren“.

Kein Wunder, daß die Türkei mit allen Mitteln versuchte, Öcalan auszuschalten. Wohl war es immer wieder Agenten gelungen, in das geheimnisvolle Ausbildungslager vorzudringen, sie wurden aber alle enttarnt. „Zuerst haben wir versucht, sie umzuerziehen, ihnen das Ruchlose ihrer geplanten Tat vor Augen zu führen“, gibt sich Öcalan menschenfreundlich, „wenn das nicht gelungen ist, haben wir sie nach Kriegsrecht abgeurteilt. Das heißt, wir haben sie erschossen.“

Die folgenden Jahre waren von schweren Kämpfen zwischen der erstarkten kurdischen Guerilla und der türkischen Staatsgewalt, die sich nicht nur auf militärischer Ebene abspielen, gekennzeichnet.

Ankara setzt Menschenrechte in Kurdistan außer Kraft

So setzte die Türkei im August 1990 mit der Begründung, es seien terroristische Aktivitäten zu erwarten, die Menschenrechte in Kurdistan außer Kraft.

Im Februar 1991 gewährt Ankara seiner kurdischen Minderheit zum ersten Mal seit Bestehen der modernen Türkei bescheidene nationale Rechte und trägt damit die Theorie von den „Bergtürken“ ganz offiziell zu Grabe. Die Gründung einer kurdischen Partei wird gestattet: HEP (Partei des arbeitenden Volkes).

Turgut Özal erlaubt die kurdische Sprache, allerdings mit Einschränkungen. Sie darf weder in Schulen und Ämtern, noch in Zeitungen und Büchern verwendet werden. Die Veröffentlichung kurdischer Texte steht nach wie vor unter Strafandrohung. Bestraft wird jeder, der eine Anfrage oder einen Antrag bei öffentlichen Institutionen in kurdischer Sprache abgibt.

Als Zugeständnis gegenüber den „Hardlinern“ mußte Özal jedoch einem neuen „Anti-Terrorismusgesetz“ seine Zustimmung geben, in dem der Begriff Terror so vage definiert ist, daß unabhängige Juristen in Ankara heftige Kritik daran übten.

Für eine Fortsetzung der Kämpfe war jedenfalls gesorgt.

Trotzdem: Zwei Zeitungen in kurdischer Sprache konnten erscheinen und über die Liste der Sozialdemokraten İnönü zogen im November Vertreter der kurdischen „Arbeiterpartei des Volkes“ ins türkische Parlament ein.

Im Laufe des Jahres 1991 und 1992 eskalieren die Auseinandersetzungen.

Am 28. März 1992 erklärt die PKK der Türkei den „Totalen Krieg“.

Die Türkei geht weiter gegen Kurden vor.

Eine diplomatische Offensive Ankaras führte zu Abkommen zur Terrorbekämpfung mit Albanien, Rumänien und Bulgarien.

Den wichtigsten Erfolg im Kampf gegen die PKK erzielte jedoch Innenminister İsmet Sezgin bei seinem Besuch in Damaskus. Präsident Hafiz al-Assad sicherte der Türkei zu, die PKK nicht länger in den von Syrien kontrollierten Gebieten des Libanon, wo sich die PKK-Ausbildungslager befinden, dulden zu wollen.

In den folgenden Monaten wandten sich kurdische Abgeordnete an die Weltöffentlichkeit, um auf die schweren Kämpfe im Südosten des Landes aufmerksam zu machen.

Die Guerilla erreichte zeitweise eine derartige Stärke, daß sich die „turkish daily news“ zu der Frage veranlaßt sah, ob die Türkei im Begriff sei, die Kontrolle über die südöstlichen Grenzgebiete zu verlieren.

Die irakischen Kurden waren auf das Wohlwollen der Türkei angewiesen, starteten doch die alliierten Flugzeuge zur Überwachung der nordirakischen Kurdenzone von türkischem Hoheitsgebiet aus. Barsani und Talabani bemühten sich, mit Ankara zu einem modus vivendi zu gelangen.

Die Türkei wiederum hatte größtes Interesse daran, daß die PKK Guerilleros nicht in den Irak ausweichen und jederzeit wieder zurückkehren konnten. Talabani und Masud Barsani, der Sohn des legendären Kurdenführers, wurden in Ankara von den Spitzen der Regierung empfangen; ein beachtlicher Erfolg, vor allem im atmosphärischen Bereich. Die Türkei verlangte aber von den beiden ultimativ die Vertreibung der PKK, die sich bereits mit 8.000 bis 10.000 Kämpfern auf irakischem Staatsgebiet festgesetzt hatte.

Im August 1994 fühlte sich Premierministerin Tansu Ciller unter dem Druck der militärischen Ereignisse und der Weltöffentlichkeit genötigt, den Kurden Zugeständnisse anzubieten.

Sie versprach, in der türkischen Verfassung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß kurdische Mitbürger weitere Rechte erhalten.

Etwa zur gleichen Zeit begann vor dem Staatssicherheitsgericht der türkischen Hauptstadt der Prozeß gegen fünf ehemalige kurdische Abgeordnete der verbotenen „Demokratiepartei“ (DEP) und einen unabhängigen Parlamentarier. Erstmals werden kurdische Volksvertreter allein wegen Meinungsäußerung nach dem Staatsschutzparagraphen 125 angeklagt. Hauptanklagepunkt gegen die Abgeordnete Layla Zana: Zwei Gespräche (!) mit deutschen Fernsehanstalten.

Gründung eines kurdischen Exilparlaments

Nach monatelangen Vorbereitungen und Beratungen wurde Mitte April 1995 das erste kurdische Exilparlament in Den Haag ins Leben gerufen. Es führt zu einem schweren Konflikt zwischen den Niederlanden und der Türkei.

Zur gleichen Zeit sprach sich General Yöney, der Vorsitzende der Planungs- und Operationsabteilung des türkischen Generalstabes, für eine politische Lösung der Kurdenfrage aus. Er räumte ein, daß die psychologische Kriegsführung der PKK ein hohes Niveau erreicht habe. „Die Kurdenguerilla verfüge über 16 Radio- und Fernsehanstalten, die ihre Sendungen in elf Sprachen ausstrahlen“.

Öcalans Entführung

Die hochgerüstete Türkei, seit den Jahren des „Kalten Krieges“ Liebling der USA und in einer militärstrategischen Allianz mit Israel, dem US-Statthalter im Nahen Osten, verbunden, zwang das weit schwächere Syrien, alle Ausbildungslager der PKK unverzüglich zu schließen und Abdullah Öcalan des Landes zu verweisen. Ankara hatte Damaskus unverhohlen mit Krieg gedroht.

Damit begann Öcalans Odyssee, die, mit tatkräftiger Hilfe des Mossad und der CIA, in einem türkischen Gefängnis enden sollte.

Der folgende Prozeß wurde relativ fair geführt, die Verurteilung zum Tode war allerdings von allem Anfang an klar. Seine „Begnadigung“ zu einer lebenslangen Haftstrafe dürfte vor allem auf die EU-Beitrittsambitionen Ankaras zurückzuführen gewesen sein. Die PKK verkündete einen einseitigen Waffenstillstand. Der größere Teil ihrer Kämpfer zog sich in den Nordirak zurück, ein kleinerer legte die Waffen nieder.

Seit dem grandiosen Wahlsieg der Islamisten in der Türkei, die verstärkt auf einen EU-Beitritt setzen, scheint etwas Bewegung in die starren Fronten zu kommen. Wie weit allerdings ihre vollmundigen Ankündigungen ernst zu nehmen sind, wird die Zukunft zeigen.

Schlußbetrachtung

„Die Kurden-Frage ist ähnlich komplex und folgenschwer wie der Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und ihren arabischen Nachbarn. Er bedürfte einer geradezu umstürzlerischen Neuordnung der gesamten Region, ihrer staatlichen und politischen Ordnung, an der niemand interessiert ist“, bringt Wolfgang Günter Lerch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* das Kurdenproblem auf den Punkt.

Es kann aber langfristig nur durch Zugestehen des Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden. Die Gewährung der vollen Selbstverwaltung innerhalb eines oder mehrerer anderer Staaten wäre ein erster Schritt dazu und eine annehmbare Übergangslösung.

Die Welt von Jalta liegt in den letzten Zügen. Die Sowjetunion hat als der große Gegenspieler der USA abgedankt und die USA sind zur unbestrittenen Welt-Hegemonialmacht aufgestiegen.

Sie wären heute in der Lage, nicht nur eine bessere Weltordnung zu propagieren, sondern sie auch langfristig durchzusetzen. Eine Weltordnung, in der die Freiheit des Einzelnen und die Menschenrechte gesichert und gewährleistet sind, in der Gerechtigkeit und Wohlstand herrschen, in der aber auch - als unabdingbare Forderung, als eine *conditio sine qua non* - die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker und Volksgruppen als Grundlage eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens der Völker erzwungen wird.

Statt dessen steuert die US-Politik in die entgegengesetzte Richtung. Für Washington ist das Selbstbestimmungsrecht kein Thema. Multi-kulti ist angesagt!

Noch ist allgemein in Erinnerung, wie lange und vehement sich das Pentagon für die Einheit des Zwangsgebildes Jugoslawien stark gemacht und geweiigert hatte, die Unabhängigkeit Sloweniens, vor allem aber Kroatiens anzuerkennen. In Bosnien werden die einzelnen Volksgruppen immer noch gezwungen, gegen ihren Willen in einem ungeliebten Staat zusammenzuleben. Desgleichen im Kosovo, wo zwischen Serben und Albanern Mord und Totschlag herrscht. Schon Präsident Clinton ließ die Katze aus dem Sack, als er Mitte April 1999 in einer außenpolitischen Grundsatzrede in San Francisco die Ziele seiner Regierung auf dem Balkan erläuterte.

Sie beinhaltete eine klare Absage an das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes: „...gegen ein unabhängiges Kosovo spreche auch, daß ein moderner Staat seine Existenz nicht mehr allein aus der Volkszugehörigkeit seiner Bürger ableiten könne. Die Nato kämpfe vielmehr auf dem Balkan für das Prinzip multiethnischer und toleranter demokratischer Regierungsformen“.

Clinton propagierte eine neue Weltordnung, die in Wirklichkeit eine uralte ist, die nur von egoistischen und machtpolitischen Motiven geleitet wird und auf den Unrechtsverträgen von Versailles und St. Germain, von Trianon und Sevres, fußt. Auf jenen Verträgen, die die Hoffnung der Völker auf Selbstbestimmung so grausam enttäuscht und die Wurzeln für das letzte große Völkerringen gelegt hatten. Clintons Nachfolger George W. Bush verfolgt absolut die gleichen Ziele und auch er arbeitet mit Mitteln, deren sich selbst ein Machiavelli geschämt hätte.

Der Multikulti-Wahn der US-Amerikaner und ihrer Epigonen stellt sich heute als das Haupthindernis für eine gerechte Weltordnung, und damit auch für ein freies Kurdistan, dar. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist die vornehmste Verwirklichung des nationalen Prinzips und eine der Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Und das geht uns alle an!